

1981

Ausgegeben zu Bonn am 24. Dezember 1981

Nr. 57

Tag	Inhalt	Seite
21. 12. 81	Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1981 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1981 – BBVAnpG 81) neu: 2032-12-9; 2032-1	1465
17. 12. 81	Verordnung über den für die Kalenderjahre 1981 und 1982 maßgebenden Vomhundertsatz nach § 61 Abs. 2 des Schwerbehindertengesetzes neu: 811-1-10	1479
17. 12. 81	Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Berufsausbildung in der Bauwirtschaft 800-21-1-30	1480
18. 12. 81	Verordnung über Ausnahmen von der Gefahrgutverordnung Straße und von der Gefahrgutverordnung Eisenbahn (Gefahrgutausnahmereverordnung) neu: 9241-23-7	1481
18. 12. 81	Neunte Verordnung zur Anpassung der Unterhaltshilfe nach dem Lastenausgleichsgesetz (9. Unterhaltshilfe-Anpassungsverordnung-LAG – 9. UhAnpV) neu: 621-1-12-9	1484
18. 12. 81	Verordnung über den Prozentsatz der Ausgleichsabgabe nach dem Dritten Verstromungsgesetz für das Jahr 1982 neu: 754-2-2-6	1486
18. 12. 81	Fünfte Verordnung zur Änderung der Kosmetik-Verordnung 2125-11	1486
18. 12. 81	Verordnung über die Gefährlichkeitsmerkmale von Stoffen und Zubereitungen nach dem Chemikaliengesetz (ChemG Gefährlichkeitsmerkmale-V) neu: 8053-6-4	1487
18. 12. 81	Zweite Verordnung zur Änderung der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung 933-10, 930-2	1490

Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1981 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1981 – BBVAnpG 81)

Vom 21. Dezember 1981

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates
das folgende Gesetz beschlossen:

Abschnitt I

**Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen
in Bund und Ländern**

§ 1

An die Stelle der Anlagen IV bis IX des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1980 (BGBl. I S. 2081) treten die Anlagen 1 bis 6 dieses Gesetzes.

§ 2

- (1) Um 4,3 vom Hundert werden erhöht
1. Grundgehaltssätze (Gehaltssätze)
 - a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrer,
 - b) in Zwischenbesoldungsgruppen der Besoldungsordnungen der Länder,
 2. a) Zuschüsse zum Grundgehalt nach Anlage II (Bundesbesoldungsordnung C) Vorbemerkung Nummer 1 und 2, die in festen Beträgen festgesetzt sind,

- b) Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschul-lehrer,

3. Amtszulagen in Landesbesoldungsordnungen.

(2) Soweit in landesrechtlichen Vorschriften, die nach Maßgabe des Artikels IX des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern fortgelten, besondere Grundgehaltssätze (Gehaltssätze, einheitliche Gehaltssätze für die Wahrnehmung mehrerer Ämter) festgelegt sind, werden diese um den in Absatz 1 genannten Vomhundertsatz erhöht. Dies gilt auch für Regelungen über Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen sowie für die auf Grund dieser Regelungen festgesetzten Grundgehaltssätze (Gehaltssätze).

(3) Festgehälter, Zuschüsse zum Grundgehalt und Amtszulagen werden mit auf volle Pfennige aufgerundeten Beträgen festgesetzt. Die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) in den Besoldungsgruppen für Hochschul-lehrer, in Zwischenbesoldungsgruppen und anderen Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern werden in der Weise festgesetzt, daß das Endgrundgehalt auf volle Pfennigbeträge aufgerundet wird und die übrigen Grundgehaltssätze durch den Abzug eines einheitlichen Unterschiedsbetrages zwischen den Dienstaltersstufen ermittelt werden, der um den in Absatz 1 genannten Vomhundertsatz erhöht und auf volle Pfennigbeträge abgerundet worden ist. Soweit für Zwischenbesoldungsgruppen mehrere der Höhe nach unterschiedliche Unterschiedsbeträge zwischen den Dienstaltersstufen bestehen, ist entsprechend zu verfahren.

§ 3

(1) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsordnungen des Bundesbesoldungsgesetzes zugrunde liegt, treten an die Stelle der Sätze der Grundgehälter in der Anlage 1 des Bundesbesoldungs- und -versorgungserhöhungsgesetzes 1980 vom 16. August 1980 (BGBl. I S. 1439) die Sätze in der Anlage 1 dieses Gesetzes.

(2) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 und 2, Abs. 2 zugrunde liegt, treten an die Stelle der bisherigen Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) die nach § 2 erhöhten Sätze.

(3) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) nach einer früheren Besoldungsregelung zugrunde liegt, werden die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) sowie die ruhegehaltfähigen Zulagen im Gesetz über die Amtsbezüge der Richter und Staatsanwälte des Landes Hessen vom 4. März 1970 (Gesetz- und Verordnungsblatt I S. 201) in der Fassung des Bundesbesoldungs- und -versorgungserhöhungsgesetzes 1980 um den in § 2 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht. An die Stelle der Sätze des Ortszuschlages in der Anlage 2 des in Satz 1 genannten Gesetzes treten die Sätze der Anlage 2 dieses Gesetzes.

(4) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen eine Grundvergütung sowie ein Ortszuschlag

nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, wird die Grundvergütung um den in § 2 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht.

(5) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen Amtszulagen nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, treten an die Stelle der Sätze der Amtszulagen die Sätze in der Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Anlage 6 dieses Gesetzes. Soweit den Versorgungsbezügen Amtszulagen zugrunde liegen, die nicht in dieser Anlage aufgeführt sind, werden diese um 4,3 vom Hundert erhöht.

(6) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz nicht zugrunde liegt, und Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, werden um 4,2 vom Hundert erhöht.

§ 4

Der durchschnittliche Hundertsatz der allgemeinen Erhöhung der Dienstbezüge im Sinne des § 70 Abs. 3 des Beamtenversorgungsgesetzes vom 24. August 1976 (BGBl. I S. 2485), das zuletzt durch Gesetz vom 20. August 1980 (BGBl. I S. 1509) geändert worden ist, wird für das Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1981 auf 4,2 vom Hundert festgestellt.

Abschnitt II

Einmalige Zahlung

§ 5

(1) Eine einmalige Zahlung für die Monate März und April 1981 nach § 6 erhalten Empfänger von Dienstbezügen (§ 1 Abs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes), die

1. während der Zeit vom 1. März bis 30. April 1981 bei einem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn (§ 29 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes) in einem hauptberuflichen Dienstverhältnis gestanden haben und
2. für mindestens einen Tag in den Monaten März oder April 1981 Dienstbezüge erhalten haben.

(2) Absatz 1 gilt für Empfänger von Amtsbezügen entsprechend.

§ 6

(1) Die Zahlung beträgt 120 Deutsche Mark für jeden vollen Kalendermonat. Besteht der Anspruch auf Dienstbezüge oder Amtsbezüge nicht für einen vollen Kalendermonat, so wird nur der Teil der einmaligen Zahlung gezahlt, der auf den Anspruchszeitraum entfällt.

(2) Bei teilzeitbeschäftigten Empfängern von Dienst- oder Amtsbezügen tritt an die Stelle des Betrages von 120 Deutsche Mark der Teilbetrag, der dem Verhältnis der ermäßigten zur regelmäßigen Arbeitszeit entspricht.

(3) Bei Beamten, die durch das Amt nicht voll in Anspruch genommen sind, tritt an die Stelle des Betrages von 120 Deutsche Mark der Teilbetrag, der dem Maß der Inanspruchnahme durch das Amt entspricht.

(4) Bei beurlaubten Empfängern von Dienst- oder Amtsbezügen tritt an die Stelle des Betrages von 120

Deutsche Mark der Teilbetrag, der dem Verhältnis der während der Beurlaubung gewährten Bezüge zu den vollen Bezügen entspricht.

(5) Gehört der dienstliche Wohnsitz eines Berechtigten zu einem anderen Währungsgebiet als dem der Deutschen Mark, so finden die §§ 7, 54 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechende Anwendung.

§ 7

(1) Eine einmalige Zahlung erhalten

1. Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen (Abschnitt I § 3 Abs. 1 bis 5) in Höhe des Betrages, der sich nach dem jeweils maßgeblichen Ruhegehaltsatz und den Anteilssätzen des Witwen- und Waisengeldes sowie des Unterhaltsbeitrages aus dem Betrag von 120 Deutsche Mark ergibt,
2. Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen im Sinne des Abschnitts I § 3 Abs. 6 in Höhe von 72 Deutsche Mark, Witwen und versorgungsberechtigte geschiedene Ehefrauen in Höhe von 43,20 Deutsche Mark, Empfänger von Vollwaisengeld in Höhe von 14,40 Deutsche Mark und Empfänger von Halbwaisengeld in Höhe von 8,64 Deutsche Mark,

wenn sie für den Monat März oder April 1981 laufende Versorgungsbezüge erhalten haben. Haben sie für beide Monate laufende Versorgungsbezüge erhalten, so verdoppeln sich die in Satz 1 genannten Beträge; eine unterschiedliche Bemessungsgrundlage in diesen Monaten ist zu berücksichtigen.

(2) Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 und Satz 2 gilt entsprechend für Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen, deren Berechnung Amtsbezüge zugrunde liegen.

§ 8

(1) Die einmalige Zahlung wird für jeden Berechtigten nur einmal gewährt.

(2) Bei mehreren Dienstverhältnissen gilt § 5 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechend. Der Anspruch aus einem Dienstverhältnis geht dem Anspruch aus dem Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor.

(3) Der Anspruch aus einem späteren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger geht dem Anspruch aus einem früheren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor.

(4) Ruhens- und Anrechnungsvorschriften sowie Vorschriften über die anteilige Kürzung finden keine Anwendung.

(5) Im Sinne der Absätze 1 bis 4 stehen der einmaligen Zahlung entsprechende Leistungen aus einem anderen Rechtsverhältnis im öffentlichen Dienst (§ 53 Abs. 5 des Beamtenversorgungsgesetzes oder entsprechende Vorschriften) der einmaligen Zahlung nach diesen Vorschriften gleich, auch wenn die Regelungen im einzelnen nicht übereinstimmen.

(6) Ist nach Anwendung der Absätze 1 bis 5 einem Anspruchsberechtigten aus dem vorgehenden Rechtsverhältnis ein geringerer Betrag zu zahlen, als ihm aus einem nachrangigen Rechtsverhältnis zustehen würde, ist ihm der Unterschied aus dem anderen Rechtsverhältnis zu zahlen.

Abschnitt III Schlußvorschriften

§ 9

Verlängerung der Übergangsregelung für Stufenlehrer

In § 77 Abs. 1 und § 80 Abs. 2 Satz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes wird jeweils die Zahl „1981“ durch die Zahl „1983“ ersetzt.

§ 10

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 11

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt, soweit nichts anderes bestimmt ist, mit Wirkung vom 1. Mai 1981 in Kraft. Abweichend von Satz 1 treten die Sätze der Anlage 5 mit Wirkung vom 1. März 1981 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 21. Dezember 1981

Der Bundespräsident
Carstens

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister des Innern
Baum

Der Bundesminister der Finanzen
Hans Matthöfer

Anlage 1

(Anlage IV des BBesG)

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)**1. Bundesbesoldungsordnung A**

Besoldungs- gruppe	Ortszu- schlag Tarifklasse	Dienstaltersstufe					
		1	2	3	4	5	6
A 1	II	927,59	958,31	989,03	1 019,75	1 050,47	1 081,19
A 2		982,52	1 013,24	1 043,96	1 074,68	1 105,40	1 136,12
A 3		1 052,61	1 085,06	1 117,51	1 149,96	1 182,41	1 214,86
A 4		1 092,47	1 130,01	1 167,55	1 205,09	1 242,63	1 280,17
A 5		1 130,89	1 173,68	1 216,47	1 259,26	1 302,05	1 344,84
A 6		1 197,42	1 241,78	1 286,14	1 330,50	1 374,86	1 419,22
A 7		1 293,80	1 338,16	1 382,52	1 426,88	1 471,24	1 515,60
A 8		1 354,95	1 409,63	1 464,31	1 518,99	1 573,67	1 628,83
A 9	Ic	1 513,94	1 570,35	1 629,13	1 688,37	1 748,70	1 814,45
A 10		1 657,86	1 739,54	1 821,22	1 902,90	1 984,58	2 066,26
A 11		1 931,51	2 015,20	2 098,89	2 182,58	2 266,27	2 349,96
A 12		2 103,68	2 203,47	2 303,26	2 403,05	2 502,84	2 602,63
A 13	Ib	2 383,63	2 491,37	2 599,11	2 706,85	2 814,59	2 922,33
A 14		2 453,62	2 593,31	2 733,00	2 872,69	3 012,38	3 152,07
A 15		2 766,57	2 920,14	3 073,71	3 227,28	3 380,85	3 534,42
A 16		3 074,81	3 252,43	3 430,05	3 607,67	3 785,29	3 962,91

2. Bundesbesoldungsordnung B

Besoldungs- gruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	
B 1	Ib	4 916,55
B 2		5 831,09
B 3	Ia	6 100,65
B 4		6 506,13
B 5		6 971,35
B 6		7 410,65
B 7		7 837,97
B 8		8 283,39
B 9		8 836,44
B 10		10 553,79
B 11		11 522,32

Dienstaltersstufe								
7	8	9	10	11	12	13	14	15
1 111,91	1 142,63	1 173,35						
1 166,84	1 197,56	1 228,28	1 259,00					
1 247,31	1 279,76	1 312,21	1 344,66					
1 317,71	1 355,25	1 392,79	1 430,33					
1 387,63	1 430,42	1 473,21	1 516,00					
1 463,58	1 507,94	1 552,30	1 596,66	1 642,09				
1 559,96	1 604,32	1 650,18	1 696,76	1 743,34	1 791,64	1 843,35		
1 686,24	1 743,65	1 804,02	1 867,75	1 931,48	1 995,21	2 058,94		
1 880,20	1 945,95	2 011,70	2 077,45	2 143,20	2 208,95	2 274,70		
2 147,94	2 229,62	2 311,30	2 392,98	2 474,66	2 556,34	2 638,02		
2 433,65	2 517,34	2 601,03	2 684,72	2 768,41	2 852,10	2 935,79	3 019,48	
2 702,42	2 802,21	2 902,00	3 001,79	3 101,58	3 201,37	3 301,16	3 400,95	
3 030,07	3 137,81	3 245,55	3 353,29	3 461,03	3 568,77	3 676,51	3 784,25	
3 291,76	3 431,45	3 571,14	3 710,83	3 850,52	3 990,21	4 129,90	4 269,59	
3 687,99	3 841,56	3 995,13	4 148,70	4 302,27	4 455,84	4 609,41	4 762,98	4 916,55
4 140,53	4 318,15	4 495,77	4 673,39	4 851,01	5 028,63	5 206,25	5 383,87	5 561,49

3. Bundesbesoldungsordnung C

Besoldungs- gruppe	Ortszu- schlag Tarifklasse						
		Stufe 1 2 934,91			Stufe 2 3 042,69		
		Dienstaltersstufe					
		1	2	3	4	5	6
C 2	I b	2 390,26	2 561,93	2 733,60	2 905,27	3 076,94	3 248,61
C 3		2 701,29	2 895,66	3 090,03	3 284,40	3 478,77	3 673,14
C 4	I a	3 498,49	3 693,88	3 889,27	4 084,66	4 280,05	4 475,44

4. Bundesbesoldungsordnung R

Besoldungs- gruppe	Ortszu- schlag Tarifklasse	Stufe					
		1	2	3	4	5	6
		Lebensalter					
		31	33	35	37	39	41
R 1	I b	3 088,45	3 307,86	3 527,27	3 746,68	3 966,09	4 185,50
R 2		3 613,54	3 832,95	4 052,36	4 271,77	4 491,18	4 710,59

R 3	I a	6 100,65
R 4		6 506,13
R 5		6 971,35
R 6		7 410,65
R 7		7 837,97
R 8		8 283,39
R 9		8 836,44
R 10		11 043,36

Stufe 3 3 150,43								
Dienstaltersstufe								
7	8	9	10	11	12	13	14	15
3 420,28	3 591,95	3 763,62	3 935,29	4 106,96	4 278,63	4 450,30	4 621,97	4 793,64
3 867,51	4 061,88	4 256,25	4 450,62	4 644,99	4 839,36	5 033,73	5 228,10	5 422,47
4 670,83	4 866,22	5 061,61	5 257,00	5 452,39	5 647,78	5 843,17	6 038,56	6 233,95

7	8	9	10
43	45	47	49
4 404,91	4 624,32	4 843,73	5 063,14
4 930,00	5 149,41	5 368,82	5 588,23

Anlage 2

(Anlage V des BBesG)

Ortszuschlag
(Monatsbeträge in DM)

Tarif- klasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind	Stufe 4 2 Kinder	Stufe 5 3 Kinder	Stufe 6 4 Kinder	Stufe 7 5 Kinder	Stufe 8 6 Kinder
I a	B 3 bis B 11 C 4 R 3 bis R 10	751,64	871,54	974,12	1 072,16	1 117,66	1 203,87	1 290,08	1 397,47
I b	B 1 und B 2 A 13 bis A 16 C 1 bis C 3 R 1 und R 2	634,08	753,98	856,56	954,60	1 000,10	1 086,31	1 172,52	1 279,91
I c	A 9 bis A 12	563,53	683,43	786,01	884,05	929,55	1 015,76	1 101,97	1 209,36
II	A 1 bis A 8	530,84	645,04	747,62	845,66	891,16	977,37	1 063,58	1 170,97

Bei mehr als sechs Kindern erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 107,39 DM.

Ortszuschlag nach § 39 Abs. 2: Tarifklasse I c 450,83 DM

Tarifklasse II 424,68 DM

Anlage 3 a

(Anlage VI a des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	824	990	1 156	1 322	1 488	1 654	1 820	1 986	2 152	2 318	2 484	2 650
A 5 bis A 6	940	1 115	1 290	1 465	1 640	1 815	1 990	2 165	2 340	2 515	2 690	2 865
A 7 bis A 8	1 064	1 257	1 450	1 643	1 836	2 029	2 222	2 415	2 608	2 801	2 994	3 187
A 9	1 255	1 463	1 671	1 879	2 087	2 295	2 503	2 711	2 919	3 127	3 335	3 543
A 10	1 422	1 639	1 856	2 073	2 290	2 507	2 724	2 941	3 158	3 375	3 592	3 809
A 11	1 567	1 797	2 027	2 257	2 487	2 717	2 947	3 177	3 407	3 637	3 867	4 097
A 12	1 742	1 985	2 228	2 471	2 714	2 957	3 200	3 443	3 686	3 929	4 172	4 415
A 13	1 915	2 169	2 423	2 677	2 931	3 185	3 439	3 693	3 947	4 201	4 455	4 709
A 14	2 092	2 354	2 616	2 878	3 140	3 402	3 664	3 926	4 188	4 450	4 712	4 974
A 15	2 338	2 621	2 904	3 187	3 470	3 753	4 036	4 319	4 602	4 885	5 168	5 451
A 16 bis B 2	2 520	2 823	3 126	3 429	3 732	4 035	4 338	4 641	4 944	5 247	5 550	5 853
B 3 bis B 4	2 554	2 878	3 202	3 526	3 850	4 174	4 498	4 822	5 146	5 470	5 794	6 118
B 5 bis B 7	2 833	3 191	3 549	3 907	4 265	4 623	4 981	5 339	5 697	6 055	6 413	6 771
B 8 und höher ..	3 095	3 506	3 917	4 328	4 739	5 150	5 561	5 972	6 383	6 794	7 205	7 616

Anlage 3 b
(Anlage VI b des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	700	841	982	1 123	1 264	1 405	1 546	1 687	1 828	1 969	2 110	2 251
A 5 bis A 6	799	948	1 097	1 246	1 395	1 544	1 693	1 842	1 991	2 140	2 289	2 438
A 7 bis A 8	904	1 068	1 232	1 396	1 560	1 724	1 888	2 052	2 216	2 380	2 544	2 708
A 9	1 067	1 244	1 421	1 598	1 775	1 952	2 129	2 306	2 483	2 660	2 837	3 014
A 10	1 209	1 393	1 577	1 761	1 945	2 129	2 313	2 497	2 681	2 865	3 049	3 233
A 11	1 332	1 527	1 722	1 917	2 112	2 307	2 502	2 697	2 892	3 087	3 282	3 477
A 12	1 481	1 688	1 895	2 102	2 309	2 516	2 723	2 930	3 137	3 344	3 551	3 758
A 13	1 628	1 844	2 060	2 276	2 492	2 708	2 924	3 140	3 356	3 572	3 788	4 004
A 14	1 778	2 001	2 224	2 447	2 670	2 893	3 116	3 339	3 562	3 785	4 008	4 231
A 15	1 987	2 228	2 469	2 710	2 951	3 192	3 433	3 674	3 915	4 156	4 397	4 638
A 16 bis B 2	2 142	2 400	2 658	2 916	3 174	3 432	3 690	3 948	4 206	4 464	4 722	4 980
B 3 bis B 4	2 171	2 446	2 721	2 996	3 271	3 546	3 821	4 096	4 371	4 646	4 921	5 196
B 5 bis B 7	2 408	2 712	3 016	3 320	3 624	3 928	4 232	4 536	4 840	5 144	5 448	5 752
B 8 und höher ..	2 631	2 980	3 329	3 678	4 027	4 376	4 725	5 074	5 423	5 772	6 121	6 470

Anlage 3 c
(Anlage VI c des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	577	693	809	925	1 041	1 157	1 273	1 389	1 505	1 621	1 737	1 853
A 5 bis A 6	658	781	904	1 027	1 150	1 273	1 396	1 519	1 642	1 765	1 888	2 011
A 7 bis A 8	745	880	1 015	1 150	1 285	1 420	1 555	1 690	1 825	1 960	2 095	2 230
A 9	879	1 025	1 171	1 317	1 463	1 609	1 755	1 901	2 047	2 193	2 339	2 485
A 10	995	1 147	1 299	1 451	1 603	1 755	1 907	2 059	2 211	2 363	2 515	2 667
A 11	1 097	1 258	1 419	1 580	1 741	1 902	2 063	2 224	2 385	2 546	2 707	2 868
A 12	1 219	1 389	1 559	1 729	1 899	2 069	2 239	2 409	2 579	2 749	2 919	3 089
A 13	1 341	1 519	1 697	1 875	2 053	2 231	2 409	2 587	2 765	2 943	3 121	3 299
A 14	1 464	1 647	1 830	2 013	2 196	2 379	2 562	2 745	2 928	3 111	3 294	3 477
A 15	1 637	1 835	2 033	2 231	2 429	2 627	2 825	3 023	3 221	3 419	3 617	3 815
A 16 bis B 2	1 764	1 976	2 188	2 400	2 612	2 824	3 036	3 248	3 460	3 672	3 884	4 096
B 3 bis B 4	1 788	2 015	2 242	2 469	2 696	2 923	3 150	3 377	3 604	3 831	4 058	4 285
B 5 bis B 7	1 983	2 234	2 485	2 736	2 987	3 238	3 489	3 740	3 991	4 242	4 493	4 744
B 8 und höher ..	2 167	2 455	2 743	3 031	3 319	3 607	3 895	4 183	4 471	4 759	5 047	5 335

Anlage 3 d

(Anlage VI d des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

- Gemeinschaftsunterkunft und Gemeinschaftsverpflegung -
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	404	485	566	647	728	809	890	971	1 052	1 133	1 214	1 295
A 5 bis A 6	461	547	633	719	805	891	977	1 063	1 149	1 235	1 321	1 407
A 7 bis A 8	522	616	710	804	898	992	1 086	1 180	1 274	1 368	1 462	1 556
A 9	615	717	819	921	1 023	1 125	1 227	1 329	1 431	1 533	1 635	1 737
A 10	697	803	909	1 015	1 121	1 227	1 333	1 439	1 545	1 651	1 757	1 863
A 11	768	881	994	1 107	1 220	1 333	1 446	1 559	1 672	1 785	1 898	2 011
A 12	853	972	1 091	1 210	1 329	1 448	1 567	1 686	1 805	1 924	2 043	2 162
A 13	939	1 064	1 189	1 314	1 439	1 564	1 689	1 814	1 939	2 064	2 189	2 314
A 14	1 025	1 153	1 281	1 409	1 537	1 665	1 793	1 921	2 049	2 177	2 305	2 433
A 15	1 146	1 285	1 424	1 563	1 702	1 841	1 980	2 119	2 258	2 397	2 536	2 675
A 16 bis B 2	1 235	1 383	1 531	1 679	1 827	1 975	2 123	2 271	2 419	2 567	2 715	2 863
B 3 bis B 4	1 252	1 411	1 570	1 729	1 888	2 047	2 206	2 365	2 524	2 683	2 842	3 001
B 5 bis B 7	1 388	1 564	1 740	1 916	2 092	2 268	2 444	2 620	2 796	2 972	3 148	3 324
B 8 und höher..	1 517	1 719	1 921	2 123	2 325	2 527	2 729	2 931	3 133	3 335	3 537	3 739

Anlage 3 e

(Anlage VI e des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

- Gemeinschaftsunterkunft oder Gemeinschaftsverpflegung -
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	490	589	688	787	886	985	1 084	1 183	1 282	1 381	1 480	1 579
A 5 bis A 6	559	664	769	874	979	1 084	1 189	1 294	1 399	1 504	1 609	1 714
A 7 bis A 8	633	748	863	978	1 093	1 208	1 323	1 438	1 553	1 668	1 783	1 898
A 9	747	871	995	1 119	1 243	1 367	1 491	1 615	1 739	1 863	1 987	2 111
A 10	846	975	1 104	1 233	1 362	1 491	1 620	1 749	1 878	2 007	2 136	2 265
A 11	932	1 069	1 206	1 343	1 480	1 617	1 754	1 891	2 028	2 165	2 302	2 439
A 12	1 036	1 181	1 326	1 471	1 616	1 761	1 906	2 051	2 196	2 341	2 486	2 631
A 13	1 140	1 291	1 442	1 593	1 744	1 895	2 046	2 197	2 348	2 499	2 650	2 801
A 14	1 244	1 400	1 556	1 712	1 868	2 024	2 180	2 336	2 492	2 648	2 804	2 960
A 15	1 391	1 559	1 727	1 895	2 063	2 231	2 399	2 567	2 735	2 903	3 071	3 239
A 16 bis B 2	1 499	1 679	1 859	2 039	2 219	2 399	2 579	2 759	2 939	3 119	3 299	3 479
B 3 bis B 4	1 520	1 713	1 906	2 099	2 292	2 485	2 678	2 871	3 064	3 257	3 450	3 643
B 5 bis B 7	1 686	1 899	2 112	2 325	2 538	2 751	2 964	3 177	3 390	3 603	3 816	4 029
B 8 und höher..	1 842	2 087	2 332	2 577	2 822	3 067	3 312	3 557	3 802	4 047	4 292	4 537

Anlage 3 f
(Anlage VI f des BBesG)

Auslandskinderzuschlag (§ 56)
(Monatsbeträge in DM je Kind)

nach § 56 Abs. 1 Nr. 1												nach § 56 Abs. 1 Nr. 2	
Besoldungsgruppe	Stufe des Auslandszuschlages												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 1 bis A 16 B 1 bis B 11	157	180	203	226	249	272	295	318	341	364	387	410	157
Dieser Betrag erhöht sich um Beträge in Höhe des Kindergeldes, das nach dem Bundeskindergeldgesetz zustehen würde.													

Anlage 4
(Anlage VII des BBesG)

**Zulage für die Beamten in der Ständigen
Vertretung der Bundesrepublik Deutschland
bei der Deutschen Demokratischen Republik**
(Monatsbeträge in DM)

Die Zulage erhöht sich für jedes Kind um 50 Deutsche Mark, für das dem Beamten Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 3 oder § 8 des Bundeskindergeldgesetzes zustehen würde und das sich nicht nur vorübergehend im Haushalt des Beamten aufhält. Der Erhöhungsbetrag wird für jedes Kind nur einmal gezahlt.

Besoldungsgruppe	Stufe 1 (verheiratete Beamte mit gemeinsamem Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung)		Stufe 2 (sonstige Beamte)
A 1 bis A 4	1 053	929	
A 5 bis A 6	1 177	1 011	
A 7 bis A 8	1 320	1 143	
A 9	1 517	1 279	
A 10	1 685	1 418	
A 11	1 838	1 531	
A 12	2 019	1 660	
A 13	2 194	1 809	
A 14	2 367	1 960	
A 15	2 624	2 148	
A 16	2 822	2 270	
B 3	2 888	2 270	
B 6	3 192	2 445	
B 9 und höher	3 519	2 619	

Zur Stufe 2 gehören auch verheiratete Beamte, die mit ihrem Ehegatten keinen gemeinsamen Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung haben oder deren Ehegatte ebenfalls einen Anspruch nach § 45 oder entsprechenden für Arbeitnehmer geltenden Regelungen hat.

Anlage 5
(Anlage VIII des BBesG)

**Anwärtergrundbetrag
Anwärterverheiratetenzuschlag**
(Monatsbeträge in DM)

Eingangsamtsamt, in das der Anwärter nach Ab- schluß des Vorbereitungs- dienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag		Verheiratetenzuschlag	
	vor Voll- endung des 26. Lebens- jahres	nach Voll- endung des 26. Lebens- jahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
A 1 bis A 4	797	895	253	84
A 5 bis A 8	956	1 091	292	84
A 9 bis A 11	1 127	1 285	338	84
A 12	1 441	1 624	370	84
A 13	1 494	1 679	377	84
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buch- stabe d der Vor- bemerkungen zu den Bundes- besoldungsord- nungen A und B) oder R 1	1 548	1 737	382	84

Anlage 6

(Anlage IX des BBesG)

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen

(Monatsbeträge)

– in der Reihenfolge der Gesetzesstellen –

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz		für Anwärter der Laufbahn- gruppe	
§ 44	bis zu 150,00	des mittleren Dienstes	150,00
§ 48 Abs. 2	bis zu 100,00	des gehobenen Dienstes	200,00
§ 50 a	90,00	des höheren Dienstes	250,00
§ 78	bis zu 150,00	Nummer 8 a	
Bundesbesoldungsordnungen A und B		Die Zulage beträgt für die Beamten und Soldaten der Besoldungs- gruppen	
Vorbemerkungen		A 1 bis A 5	110,00
Nummer 2 Abs. 2	250,00	A 6 bis A 9	150,00
Nummer 4	50,00	A 10 bis A 13	185,00
Nummer 5 Abs. 1 Buchstabe a	bis zu 80,00	A 14 und höher	220,00
Buchstabe b	bis zu 50,00	für Anwärter der Laufbahn- gruppe	
Nummer 6 Abs. 1 Buchstabe a	450,00	des mittleren Dienstes	80,00
Buchstabe b	360,00	des gehobenen Dienstes	105,00
Buchstabe c	288,00	des höheren Dienstes	130,00
Nummer 6 a	120,00	Nummer 9	
Nummer 7		Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
Die Zulage beträgt für die Beamten und Soldaten der Besoldungsgruppen	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe*)	von einem Jahr	60,00
A 1 bis A 5	A 5	von zwei Jahren	120,00
A 6 bis A 9	A 9	Nummer 10 Abs. 1	
A 10 bis A 13	A 13	Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
A 14, A 15, B 1	A 15	von einem Jahr	60,00
A 16, B 2 bis B 4	B 3	von zwei Jahren	120,00
B 5 bis B 7	B 6	Nummer 11	
B 8 bis B 10	B 9	$\frac{1}{12}$ des Grund- gehalts und des Ortszuschlags *)	
B 11	B 11	Nummer 12	
Nummer 8 Abs. 1		90,00	
Die Zulage beträgt für die Beamten der Besoldungsgruppen		Nummer 13 a	
A 1 bis A 5	200,00	bis zu 150,00	
A 6 bis A 9	275,00	Nummer 19 Satz 1	
A 10 bis A 13	350,00	241,00	
A 14 und höher	425,00	Nummer 23	
		Absatz 1	
		87,00	
		Absatz 2	
		145,00	

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	
nach Absatz 3 Satz 2 ruhegehaltfähig bei Beamten		
des mittleren Dienstes	20,00	
des gehobenen Dienstes	45,00	
Nummer 24		
Absatz 1		
Die Zulage beträgt für Beamte		
des mittleren Dienstes / für Unteroffiziere	87,00	
des gehobenen Dienstes / für Offiziere bis zur Besoldungsgruppe A 12	145,00	
nach Absatz 2 ruhegehaltfähig bei Beamten		
des mittleren Dienstes / bei Unteroffizieren	67,00	
des gehobenen Dienstes / bei Offizieren bis zur Besoldungsgruppe A 12	100,00	
Nummer 25 Abs. 1	100,00	
Nummer 26		
Absatz 1		
Die Zulage beträgt für Beamte		
des mittleren Dienstes	67,00	
des gehobenen Dienstes	100,00	
Absatz 2		
Die Zulage beträgt für Beamte		
des mittleren Dienstes	20,00	
des gehobenen Dienstes	45,00	
Nummer 27 Abs. 1		
Buchstabe a	40,00	
Buchstabe b	67,00	
Buchstabe c	100,00	
Buchstabe d	100,00	
Nummer 30	145,00	
nach Absatz 2 Satz 2 erster Halbsatz ruhegehaltfähig	45,00	
Besoldungsgruppen	Fußnote	
A 2	1	34,83
	2	34,67
A 3	1, 2	34,83
A 4	1, 2	34,83
A 5	3, 4	34,83
A 7	2	80,00
	3	43,22
A 8	3	55,73
	4	80,00

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	
Besoldungsgruppen	Fußnote	
A 9	4	259,45
	5	80,00
A 12	7, 8	150,64
A 13	6	120,50
	7	180,76
A 14	5	180,76
A 15	7	180,76
B 9	3	450,00
B 10	1, 2	417,76
Bundesbesoldungsordnung C		
Vorbemerkungen		
Nummer 3		
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)	
für Professoren der Besoldungsgruppe C 2 und für Hochschulassistenten	A 15	
für Professoren der Besoldungsgruppen C 3 und C 4	B 3	
Nummer 5		
wenn ein Amt ausgeübt wird		
der Besoldungsgruppe R 1	402,00	
der Besoldungsgruppe R 2	450,00	
Bundesbesoldungsordnung R		
Vorbemerkungen		
Nummer 2		
die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)	

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n) R 1 R 2 bis R 4 R 5 bis R 7 R 8 bis R 10		R 1 R 3 R 6 R 9
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden, der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richteramt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n) R 1 R 2 bis R 4 R 5 bis R 7 R 8 bis R 10		A 15 B 3 B 6 B 9
Nummer 4		75,00
Besoldungsgruppen	Fußnote	
R 1	1, 2	180,76
R 2	3 bis 8,10	180,76
R 3	3	180,76
R 8	2	361,50

**Verordnung
über den für die Kalenderjahre 1981 und 1982 maßgebenden Vomhundertsatz
nach § 61 Abs. 2 des Schwerbehindertengesetzes**

Vom 17. Dezember 1981

Auf Grund des § 61 Abs. 2 Satz 1 des Schwerbehindertengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Oktober 1979 (BGBl. I S. 1649) wird unter Berücksichtigung von Artikel 2 des Gesetzes über die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Personenverkehr vom 9. Juli 1979 (BGBl. I S. 989) im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und dem Bundesminister für Verkehr verordnet:

§ 1

Der Vomhundertsatz nach § 61 Abs. 2 Satz 1 des Schwerbehindertengesetzes beträgt für die Kalenderjahre 1981 und 1982 je 0,72 vom Hundert.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 69 des Schwerbehindertengesetzes auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 17. Dezember 1981

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
In Vertretung
Fingerhut

Vierte Verordnung
zur Änderung der Verordnung über die Berufsausbildung in der Bauwirtschaft
Vom 17. Dezember 1981

Auf Grund des § 25 des Berufsbildungsgesetzes vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1112), der zuletzt durch § 24 Nr. 1 des Fernunterrichtsschutzgesetzes vom 24. August 1976 (BGBl. I S. 2525) geändert worden ist, und des § 25 der Handwerksordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Dezember 1965 (BGBl. 1966 I S. 1), der zuletzt durch § 25 Nr. 1 des Fernunterrichtsschutzgesetzes geändert worden ist, wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Bildung und Wissenschaft verordnet:

Artikel 1

§ 63 Abs. 4 der Verordnung über die Berufsausbildung in der Bauwirtschaft vom 8. Mai 1974 (BGBl. I S. 1073), die zuletzt durch Verordnung vom 18. Dezember 1980 (BGBl. I S. 2302) geändert worden ist, wird folgender Satz angefügt:

„Absatz 3 gilt auch für Berufsausbildungsverhältnisse, die in der Zeit vom 1. Januar 1982 bis zum 31. Dezember 1982

1. in dem Stadtkreis Freiburg oder in den Landkreisen Bodenseekreis, Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen, Lörrach oder Ravensburg oder
2. in den Regierungsbezirken Niederbayern, Oberbayern oder Schwaben infolge der Anrechnung des Besuchs einer berufsbildenden Schule nach § 2 oder § 3 der Berufsgrundbildungsjahr-Anrechnungs-Verordnung vom 17. Juli 1978 (BGBl. I S. 1061) mit dem zweiten Ausbildungsjahr

beginnen.“

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 112 des Berufsbildungsgesetzes und § 128 der Handwerksordnung auch im Land Berlin.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 17. Dezember 1981

Der Bundesminister für Wirtschaft
In Vertretung
Schlecht

**Verordnung
über Ausnahmen von der Gefahrgutverordnung Straße
und von der Gefahrgutverordnung Eisenbahn
(Gefahrgutausnahmereverordnung)**

Vom 18. Dezember 1981

Auf Grund des § 6 des Gesetzes über die Beförderung gefährlicher Güter vom 6. August 1975 (BGBl. I S. 2121) wird nach Anhörung der zuständigen obersten Landesbehörden verordnet:

§ 1

Dritte Straßen-Gefahrgutausnahmeregelung

Abweichend von § 12 Abs. 1 der Gefahrgutverordnung Straße dürfen Tankfahrzeuge mit gefährlichen Gütern auch von Fahrzeugführern geführt werden, die nicht über die dort vorgeschriebene Fahrpraxis verfügen.

§ 2

Erste Eisenbahn-Gefahrgutausnahmeregelung

Abweichend von den §§ 3, 6, 7, 8 und 9 der Gefahrgutverordnung Eisenbahn dürfen gefährliche Güter unter den Voraussetzungen und nach den Bedingungen der in der Anlage aufgeführten Sonder-/Ausnahmegenehmigungen befördert werden.

§ 3

Berlin-Klausel

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 14 des Gesetzes über die Beförderung gefährlicher Güter auch im Land Berlin.

§ 4

Inkrafttreten und Geltungsdauer

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1982 in Kraft. § 1 tritt mit dem Inkrafttreten der Ersten Verordnung zur Änderung der Gefahrgutverordnung Straße, § 2 mit dem Inkrafttreten der Ersten Verordnung zur Änderung der Gefahrgutverordnung Eisenbahn außer Kraft.

Bonn, den 18. Dezember 1981

Der Bundesminister für Verkehr
In Vertretung
Heinz Ruhnau

Anlage

(zu § 2)

Ausnahme-/ Sonder- genehmigung Nr.	Klasse	Stoffe der Ziffer	Inhalt der Ausnahme- oder Sondergenehmigung	Fundstelle
171	1 a	6 b)	Zulassung von a) trockenem, fein- bis grobstückigem Tritonal, einer Mischung von Trinitrotoluol und Aluminium mit einem Aluminiumanteil von höchstens 23 % und b) reinem granuliertem Trinitrotoluol zur Beförderung in geschlossener Ladung	BGBl. 1979 I S. 1609
206	1 a	–	Zulassung von Nitrozellulose-Schwarzpulver (NSP), „Benite strands und Benite ignition powder“, jeweils in bestimmter Zusammensetzung	BGBl. 1979 I S. 1609
228	1 a	–	Zulassung des Treibsatzes „Prades“ in bestimmter Zusammensetzung	TVA *) Nr. 820/1967
223	1 a	–	Zulassung der Sprengstoffübertragungsladung „Booster PD 40“ sowie des Sprengstoffs „Kamon“, jeweils in bestimmter Zusammensetzung	TVA Nr. 824/1967 und 909/1973
237	1 c	15 u. 15 B	Verpackungszulassung	TVA Nr. 674/1975, 691/1976, 164/1977, 1204/1977, 260/1978 und 866/1979
255	1 b	2 a)	Verpackungszulassung	TVA Nr. 34/1968 und 909/1973
256	1 b	5 b)	Verpackungszulassung	TVA Nr. 35/1968
262	1 c	9, 22, 23, 24 u. 25	Verpackungszulassung	TVA Nr. 286/1975
265	1 a 1 b	–	Zulassung des Festtreibstoffes „CDB 99“ in bestimmter Zusammensetzung	TVA Nr. 734/1969
273	1 a	8 a)	Verpackungszulassung	TVA Nr. 545/1968
284	1 b	–	Zulassung der Gasgeneratortype „G 150“ in bestimmter Zusammensetzung	TVA Nr. 1286/1968
298	1 c	22	Verpackungszulassung	TVA Nr. 80/1977
304	1 a	12 a)	Beförderung in loser Schüttung in Kleincontainern	TVA Nr. 1148/1969 und 702/1978
311	1 c	1 a)	Verpackungszulassung	TVA Nr. 1228/1969
313	1 b	–	Zulassung von Druckgaspatronen mit bestimmtem Aufbau und in besonders festgelegter Verpackung	TVA Nr. 1152/1969
327	5.2	–	Zulassung von Peressigsäuren in bestimmter Zusammensetzung	TVA Nr. 287/1975 und 1543/1976
329	2	3 b)	Beförderung von Propan und Butan in sowjetischen Kesselwagen	TVA Nr. 52/1978
331	1 c	14	Verpackungszulassung	TVA Nr. 1139/1970
337	1 a	11 a) u. b)	Verpackungszulassung	TVA Nr. 1516/1970
345	6.1	2 c)	Verpackungszulassung	TVA Nr. 1828/1970
353	1 a	14 c)	Verpackungszulassung	TVA Nr. 152/1971
354	1 c	–	Zulassung von „Champagne-Party-Knallern“	TVA Nr. 412/1974
357	1 a	–	Zulassung der Festtreibstoffe „P 70“, „P 71“ und „P 72“ in bestimmter Zusammensetzung	TVA Nr. 787/1971
384	1 a	–	Zulassung von wasserhaltigen gelierten Nitratsprengstoffen	TVA Nr. 1677/1974
391	1 c	30 a)	Verpackungszulassung	TVA Nr. 733/1972
395	1 b	5 e)	Verpackungszulassung	TVA Nr. 1143/1972

*) TVA = Tarif- und Verkehrs-Anzeiger für den Personen-, Gepäck-, Expreßgut-, Güter- und Tierverkehr der Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland

Ausnahme-/ Sonder- genehmigung Nr.	Klasse	Stoffe der Ziffer	Inhalt der Ausnahme- oder Sondergenehmigung	Fundstelle
399	1 c	28 c)	Verpackungszulassung	TVA Nr. 1145/1972
400	1 c	1 b)	Verpackungszulassung	TVA Nr. 1058/1972
401	1 b	5 f)	Verpackungszulassung	TVA Nr. 1146/1972
402	1 c	30 b)	Verpackungszulassung	TVA Nr. 1059/1972
406	4.2	–	Zulassung von Natriumhydrogensulfid (Natriumsulphydrat) mit mehr als 75 % NaHS	TVA Nr. 1283/1972
413	1 b	1 c)	Verpackungszulassung	TVA Nr. 1701/1972 und 953/1973
431	1 a	11 a), b) u. c)	Verpackungszulassung	TVA Nr. 1164/1976
432	6.1	61	Verpackungszulassung	TVA Nr. 822/1978
454	5.2	–	Zulassung von organischen Peroxiden in bestimmter Zusammensetzung	TVA Nr. 548/1974
457	1 b	5 e)	Verpackungszulassung	TVA Nr. 654/1974
462	2	3 bt)	Verpackungszulassung	TVA Nr. 1356/1974 und 473/1978
468	alle	–	Verkleinerung der Gefahrzettel	TVA Nr. 1312/1974
495	2	3 c)	Beförderung von Vinylchlorid in sowjetischen Kesselwagen	TVA Nr. 160/1979 und 905/1981
516	6.2	10 A	Beförderung von Hausmüll in Metallbehältern	TVA Nr. 110/1981 und 196/1981
520	4.2	1	Zulassung von Cyclooctadienphosphin	TVA Nr. 1331/1976
EVO 13/77	5.2	40	Zulassung von organischen Peroxiden zu Versuchszwecken	TVA Nr. 584/1977 und 1511/1979
EVO 15/77	5.2	–	Zulassung von organischen Peroxiden in bestimmter Zusammensetzung	TVA Nr. 586/1977
EVO 20/77	1 a	11, 12, 13, 14 u. 14 B	Beförderung von Sprengstoffen, die zum Export bestimmt sind	TVA Nr. 811/1977
EVO 22/77	4.2	3 u. 3 B	Zulassung zur Beförderung in Tankcontainern und Kesselwagen	TVA Nr. 1103/1977
EVO 28/77	1 c	3 B.	Verpackungszulassung	TVA Nr. 1225/1977
EVO 7/78	5.2	–	Zulassung von organischen Peroxiden in bestimmter Zusammensetzung	TVA Nr. 202/1978
EVO 9/78	1 a	8 c)	Verpackungszulassung	TVA Nr. 329/1978
EVO 38/78	4.2	6 a)	Freistellung von Zinkstaub	TVA Nr. 993/1978
EVO 56/78	1 c	30 a)	Verpackungszulassung	TVA Nr. 66/1979
EVO 4/79	5.2	–	Zulassung von organischen Peroxiden in bestimmter Zusammensetzung	TVA Nr. 164/1979
EVO 11/79	1 b	2 c)	Verpackungszulassung	TVA Nr. 646/1979
EVO 13/79	5.2	–	Zulassung von organischen Peroxiden in bestimmter Zusammensetzung	TVA Nr. 694/1979
EVO 15/79	5.2	–	Zulassung von organischen Peroxiden in bestimmter Zusammensetzung	TVA Nr. 695/1979
EVO 22/79	8	–	Verzicht auf Gefahrzettel nach Muster 8	TVA Nr. 960/1979
E 8/80	alle	–	Kennzeichnung mit Kennzeichnungsnummern nach Rn. 1801 des RID	TVA Nr. 782/1980
4 M/1978	1 a	–	Zulassung von Explosivstoffen und Gegenständen	TVA Nr. 328/1978

**Neunte Verordnung
zur Anpassung der Unterhaltshilfe nach dem Lastenausgleichsgesetz
(9. Unterhaltshilfe-Anpassungsverordnung-LAG – 9. UhAnpV)**

Vom 18. Dezember 1981

- | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|--|--------------------------------|--|--------------------------------|---|--|--------------------------------|---|--|--------------------------------|---|--|------------------------------|---|--|------------------------------|---|--|------------------------------|---|--|------------------------------|---|--|--------------------------------|---|--|--------------------------------|
| <p>Auf Grund</p> <p>– des durch das Gesetz vom 24. August 1972 (BGBl. I S. 1521) eingefügten, zuletzt durch das Gesetz vom 16. Februar 1979 (BGBl. I S. 181) geänderten § 277 a,</p> <p>– der durch das Gesetz vom 24. August 1972 eingefügten, durch das Gesetz vom 13. Februar 1974 (BGBl. I S. 177) geänderten § 279 Abs. 3 und § 292 Abs. 7 sowie</p> <p>– des § 367 Abs. 1</p> <p>des Lastenausgleichsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1909) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:</p> | <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 5%; text-align: center;">4</td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 80%;">von 204 auf 216 Deutsche Mark,</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">5</td> <td></td> <td>von 223 auf 236 Deutsche Mark,</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">6</td> <td></td> <td>von 244 auf 258 Deutsche Mark,</td> </tr> </table> <p>b) für den Ehegatten (§ 269 a Abs. 3 des Gesetzes) in Zuschlagstufe</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 5%; text-align: center;">1</td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 80%;">von 63 auf 67 Deutsche Mark,</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">2</td> <td></td> <td>von 73 auf 77 Deutsche Mark,</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">3</td> <td></td> <td>von 83 auf 88 Deutsche Mark,</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">4</td> <td></td> <td>von 93 auf 98 Deutsche Mark,</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">5</td> <td></td> <td>von 104 auf 110 Deutsche Mark,</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">6</td> <td></td> <td>von 125 auf 132 Deutsche Mark,</td> </tr> </table> | 4 | | von 204 auf 216 Deutsche Mark, | 5 | | von 223 auf 236 Deutsche Mark, | 6 | | von 244 auf 258 Deutsche Mark, | 1 | | von 63 auf 67 Deutsche Mark, | 2 | | von 73 auf 77 Deutsche Mark, | 3 | | von 83 auf 88 Deutsche Mark, | 4 | | von 93 auf 98 Deutsche Mark, | 5 | | von 104 auf 110 Deutsche Mark, | 6 | | von 125 auf 132 Deutsche Mark, |
| 4 | | von 204 auf 216 Deutsche Mark, | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 5 | | von 223 auf 236 Deutsche Mark, | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 6 | | von 244 auf 258 Deutsche Mark, | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 | | von 63 auf 67 Deutsche Mark, | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 2 | | von 73 auf 77 Deutsche Mark, | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 3 | | von 83 auf 88 Deutsche Mark, | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 4 | | von 93 auf 98 Deutsche Mark, | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 5 | | von 104 auf 110 Deutsche Mark, | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 6 | | von 125 auf 132 Deutsche Mark, | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

§ 1

Anpassung der Unterhaltshilfe

Vom 1. Januar 1982 ab werden erhöht:

1. der Einkommenshöchstbetrag und der Satz der Unterhaltshilfe
 - a) für den Berechtigten (§ 267 Abs. 1 Satz 1, § 269 Abs. 1 des Gesetzes) von 529 auf 559 Deutsche Mark,
 - b) für den Ehegatten (§ 267 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1, § 269 Abs. 2 des Gesetzes) von 353 auf 373 Deutsche Mark,
 - c) für jedes Kind (§ 267 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2, § 269 Abs. 2 des Gesetzes) von 180 auf 190 Deutsche Mark,
 - d) für Vollwaisen (§ 275 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes) von 291 auf 308 Deutsche Mark,
2. der Erhöhungsbetrag zur Pflegezulage (§ 267 Abs. 1 letzter Satz des Gesetzes) von 167 auf 179 Deutsche Mark,
3. der Selbständigenzuschlag
 - a) für den Berechtigten (§ 269 a Abs. 2 des Gesetzes) in Zuschlagstufe

1		von 120 auf 127 Deutsche Mark,
2		von 154 auf 163 Deutsche Mark,
3		von 183 auf 194 Deutsche Mark,
4. der Sozialzuschlag
 - a) für den Berechtigten (§ 269 b Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes) von 73 auf 77 Deutsche Mark,
 - b) für den Ehegatten (§ 269 b Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 des Gesetzes) von 93 auf 98 Deutsche Mark,
 - c) für jedes Kind (§ 269 b Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 des Gesetzes) von 114 auf 121 Deutsche Mark,
 - d) für Vollwaisen (§ 275 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes) von 42 auf 44 Deutsche Mark,
5. der Zuschlag zur weggefallenen monatlichen Zahlung bei der Rentnerunterhaltshilfe (§ 274 Abs. 2 Satz 1 erster Halbsatz des Gesetzes) von 604 auf 645 vom Hundert.

§ 2

Anpassung von Beträgen in § 276 Abs. 4 des Gesetzes

Vom 1. Januar 1982 ab werden erhöht:

1. die Einbehaltungsbeträge bei längerdauernder Krankenhausbehandlung (§ 276 Abs. 4 Satz 1 des Gesetzes)
 - a) für einen untergebrachten alleinstehenden Berechtigten von 167 auf 177 Deutsche Mark,
 - b) für einen untergebrachten nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten von 124 auf 131 Deutsche Mark,

- c) für untergebrachte Kinder und Vollwaisen
von 78 auf 82 Deutsche Mark,

§ 4

Anpassung von Beträgen in § 292 des Gesetzes

Vom 1. Januar 1982 ab werden erhöht:

2. der Schonbetrag für Empfänger von Rentnerunterhaltshilfe (§ 276 Abs. 4 Satz 5 des Gesetzes)
von 212 auf 224 Deutsche Mark.

1. der Schonbetrag für Empfänger von Rentnerunterhaltshilfe in § 292 Abs. 2 Nr. 1, Abs. 3 Satz 2 und Abs. 4 Nr. 1 des Gesetzes jeweils
von 212 auf 224 Deutsche Mark,

§ 3

**Anpassung des Einkommenshöchstbetrages
der Entschädigungsrente**

Vom 1. Januar 1982 ab werden erhöht:

1. der Einkommenshöchstbetrag der Entschädigungsrente nach § 279 Abs. 1 Satz 1 bis 3 des Gesetzes

- a) für den Berechtigten
von 887 auf 921 Deutsche Mark,
b) für den Ehegatten
von 521 auf 546 Deutsche Mark,
c) für jedes Kind
von 188 auf 198 Deutsche Mark,
d) für Vollwaisen
von 356 auf 373 Deutsche Mark,

2. der Einkommenshöchstbetrag nach § 279 Abs. 1 Satz 4 des Gesetzes

- a) für den Berechtigten
von 1 117 auf 1 151 Deutsche Mark,
b) für den Ehegatten
von 576 auf 601 Deutsche Mark,
c) für jedes Kind
von 239 auf 249 Deutsche Mark,
d) für Vollwaisen
von 471 auf 488 Deutsche Mark.

2. die Taschengeldsätze in § 292 Abs. 4 vorletzter Satz des Gesetzes

- a) für einen untergebrachten alleinstehenden Berechtigten oder einen Ehegatten
von 79 auf 84 Deutsche Mark,
b) für gemeinsam untergebrachte Ehegatten
von 136 auf 144 Deutsche Mark,
c) für untergebrachte Kinder und Vollwaisen
von 27 auf 29 Deutsche Mark.

§ 5

Berlin-Klausel

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 374 des Lastenausgleichsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 6

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am ersten Tage des auf die Verkündung folgenden Kalendermonats in Kraft.

Bonn, den 18. Dezember 1981

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister der Finanzen
Hans Matthöfer

Der Bundesminister des Innern
Gerhart Baum

**Verordnung
über den Prozentsatz der Ausgleichsabgabe
nach dem Dritten Verstromungsgesetz für das Jahr 1982**

Vom 18. Dezember 1981

Auf Grund des § 8 Abs. 4 Satz 1 und Abs. 5 des Dritten Verstromungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. November 1980 (BGBl. I S. 2137) wird verordnet:

§ 1

Für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1982 wird der Prozentsatz der Ausgleichsabgabe auf 4,2 vom Hundert festgesetzt. Der Prozentsatz der Ausgleichsabgabe für die aus Lieferungen von Elektrizität an Endverbraucher in den einzelnen Ländern erzielten Erlöse beträgt nach § 8 Abs. 5 des Dritten Verstromungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. November 1980 (BGBl. I S. 2137):

für Baden-Württemberg	3,7 vom Hundert
für Bayern	3,9 vom Hundert
für Berlin	3,2 vom Hundert
für Bremen	4,0 vom Hundert
für Hamburg	4,7 vom Hundert

für Hessen	3,8 vom Hundert
für Niedersachsen	4,0 vom Hundert
für Nordrhein-Westfalen	4,8 vom Hundert
für Rheinland-Pfalz	4,5 vom Hundert
für das Saarland	4,8 vom Hundert
für Schleswig-Holstein	3,5 vom Hundert

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 18 des Dritten Verstromungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. November 1980 (BGBl. I S. 2137) auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 18. Dezember 1981

Der Bundesminister für Wirtschaft
Lambsdorff

**Fünfte Verordnung
zur Änderung der Kosmetik-Verordnung**

Vom 18. Dezember 1981

Auf Grund des § 25 Abs. 2 in Verbindung mit § 25 Abs. 1 des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1945, 1946), der durch Artikel 6 Nr. 3 des Gesetzes vom 24. August 1976 (BGBl. I S. 2445) geändert worden ist, sowie des § 26 Abs. 1 Nr. 3 in Verbindung mit § 32 Abs. 1 Nr. 1, 2, 4, 5, 8 und 9 Buchstaben a und b und des § 29 Nr. 1 des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

Artikel 1

Die Kosmetik-Verordnung vom 16. Dezember 1977 (BGBl. I S. 2589), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 19. Dezember 1980 (BGBl. I S. 2308), wird wie folgt geändert:

In § 2 Abs. 1 Satz 4 und in § 3 Abs. 6 wird jeweils das Datum „31. Dezember 1981“ durch das Datum „31. Dezember 1982“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 11 des Gesetzes zur Gesamtreform des Lebensmittelrechts vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1945) auch im Land Berlin.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1982 in Kraft.

Bonn, den 18. Dezember 1981

Der Bundesminister
für Jugend, Familie und Gesundheit
Antje Huber

**Verordnung
über die Gefährlichkeitsmerkmale von Stoffen und Zubereitungen nach dem Chemikaliengesetz
(ChemG Gefährlichkeitsmerkmale-V)**

Vom 18. Dezember 1981

Auf Grund des § 3 Nr. 3, zweiter Halbsatz, des Chemikaliengesetzes vom 16. September 1980 (BGBl. I S. 1718) wird von der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

(1) Stoffe und Zubereitungen sind

1. sehr giftig im Sinne des § 3 Nr. 3 Buchstabe a des Gesetzes, wenn sie infolge von Einatmen, Verschlucken oder einer Aufnahme durch die Haut äußerst schwere akute oder chronische Gesundheitsschäden oder den Tod bewirken können; dies ist insbesondere der Fall, wenn mit ihnen
 - a) nach Verbringen in den Magen der Ratte eine LD 50 bis zu 25 mg/kg Körpergewicht,
 - b) nach Verbringen auf die Haut der Ratte oder des Kaninchens eine LD 50 bis zu 50 mg/kg Körpergewicht,
 - c) nach Aufnahme über die Atemwege an der Ratte eine LC 50 bis zu 0,5 mg/l Luft pro 4 Stunden ermittelt wurde;
2. giftig im Sinne des § 3 Nr. 3 Buchstabe b des Gesetzes, wenn sie infolge von Einatmen, Verschlucken oder einer Aufnahme durch die Haut erhebliche akute oder chronische Gesundheitsschäden oder den Tod bewirken können; dies ist insbesondere der Fall, wenn mit ihnen
 - a) nach Verbringen in den Magen der Ratte eine LD 50 von 25 mg/kg bis 200 mg/kg Körpergewicht,
 - b) nach Verbringen auf die Haut der Ratte oder des Kaninchens eine LD 50 von 50 mg/kg bis 400 mg/kg Körpergewicht,
 - c) nach Aufnahme über die Atemwege an der Ratte eine LC 50 von 0,5 mg/l Luft bis 2 mg/l Luft pro 4 Stunden ermittelt wurde;
3. mindergiftig im Sinne des § 3 Nr. 3 Buchstabe c des Gesetzes, wenn sie infolge von Einatmen, Verschlucken oder einer Aufnahme durch die Haut Gesundheitsschäden von beschränkter Wirkung hervorrufen können; dies ist insbesondere der Fall, wenn mit ihnen
 - a) nach Verbringen in den Magen der Ratte eine LD 50 von 200 mg/kg bis 2 000 mg/kg Körpergewicht,
 - b) nach Verbringen auf die Haut der Ratte oder des Kaninchens eine LD 50 von 400 mg/kg bis 2 000 mg/kg Körpergewicht,
 - c) nach Aufnahme über die Atemwege an der Ratte eine LC 50 von 2 mg/l Luft bis 20 mg/l Luft pro 4 Stunden ermittelt wurde;
4. ätzend im Sinne des § 3 Nr. 3 Buchstabe d des Gesetzes, wenn sie als handelsfertige Erzeugnisse am Kaninchen nach dreißig Minuten dauernder Berührung mit der Haut in einer Menge von 0,5 ml oder 0,5 g innerhalb von sieben Tagen das Gewebe zerstören (Nekrose);
5. reizend im Sinne des § 3 Nr. 3 Buchstabe e des Gesetzes, wenn sie am Kaninchen nach dreißig Minuten dauernder Berührung mit der Haut in einer Menge von 0,5 ml oder 0,5 g innerhalb von drei Tagen Entzündungen hervorrufen;
6. explosionsgefährlich im Sinne des § 3 Nr. 3 Buchstabe f des Gesetzes, wenn sie durch Flammentzündung zur Explosion gebracht werden können oder gegen Stoß oder Reibung empfindlicher sind als Dinitrobenzol;
7. brandfördernd im Sinne des § 3 Nr. 3 Buchstabe g des Gesetzes, wenn sie
 - a) in Berührung mit anderen, insbesondere entzündlichen Stoffen stark exotherm reagieren können oder
 - b) organische Peroxide sind;
8. hochentzündlich im Sinne des § 3 Nr. 3 Buchstabe h des Gesetzes, wenn sie als flüssige Stoffe oder Zubereitungen einen Flammpunkt unter 0° Celsius und einen Siedepunkt von höchstens 35° Celsius haben;
9. leicht entzündlich im Sinne des § 3 Nr. 3 Buchstabe i des Gesetzes, wenn sie
 - a) sich bei gewöhnlicher Temperatur an der Luft ohne Energiezufuhr erhitzen und schließlich entzünden können,
 - b) in festem Zustand durch kurzzeitige Einwirkung einer Zündquelle leicht entzündet werden können und nach deren Entfernung weiterbrennen oder weiterglimmen,
 - c) in flüssigem Zustand einen Flammpunkt unter 21° Celsius haben,
 - d) als Gase bei Normaldruck mit Luft einen Zündbereich haben oder
 - e) bei Berührung mit Wasser oder mit feuchter Luft leicht entzündliche Gase in gefährlicher Menge entwickeln;

10. entzündlich im Sinne des § 3 Nr. 3 Buchstabe j des Gesetzes, wenn sie in flüssigem Zustand einen Flammpunkt von 21° Celsius bis einschließlich 55° Celsius haben;
11. krebserzeugend im Sinne des § 3 Nr. 3 Buchstabe k des Gesetzes, wenn sie infolge von Einatmen, Verschlucken oder Hautresorption beim Menschen Krebs verursachen oder die Krebshäufigkeit erhöhen können. Dies ist der Fall, wenn
- a) eindeutige epidemiologische Befunde vorliegen,
 - b) sie die Häufigkeit bösartiger Geschwülste in einem nach geeigneten Methoden durchgeführten Tierversuch bei Zufuhr der gerade noch verträglichen Menge über die Atemwege, in den Magen oder über die Haut erhöhen und sich in geeigneten Kurzzeittesten Anhaltspunkte für eine krebserzeugende oder erbgutverändernde Eigenschaft ergeben haben oder
 - c) sie die Häufigkeit bösartiger Geschwülste in einem nach geeigneten Methoden durchgeführten Tierversuch an einem Säugetier bei Zufuhr über die Atemwege, in den Magen oder über die Haut erhöhen, wobei die zugeführten Mengen unter Berücksichtigung eines ausreichenden Sicherheitsfaktors der menschlichen Exposition vergleichbar sind;
12. fruchtschädigend im Sinne des § 3 Nr. 3 Buchstabe l des Gesetzes, wenn sie das vorgeburtliche Leben des Menschen derart schädigen, daß eine dauerhafte (irreversible) Störung der Fruchtwicklung im Mutterleib oder eine dauerhafte (irreversible) Beeinträchtigung der nachgeburtlichen Entwicklung der Nachkommen verursacht werden kann. Dies ist der Fall, wenn
- a) eindeutige epidemiologische Befunde vorliegen oder
 - b) sie in geeigneten Tierversuchen bei Zufuhr über die Atemwege, in den Magen oder über die Haut eine dauerhafte (irreversible) Fruchtschädigung verursachen können; die hierbei zugeführten Mengen dürfen für das Muttertier nicht toxisch sein und sollen unter Berücksichtigung eines ausreichenden Sicherheitsfaktors der möglichen Exposition des Menschen entsprechen;
13. erbgutverändernd im Sinne des § 3 Nr. 3 Buchstabe m des Gesetzes, wenn sie nach Eindringen in den menschlichen Organismus zu einer Veränderung des Informationsgehaltes des genetischen Materials (Mutation) an Keimzellen führen können; solche Veränderungen können sowohl bei Genen (Punktmutationen) als auch bei Chromosomen (Chromosomenmutationen) verursacht werden. Dies ist der Fall, wenn
- a) eindeutige epidemiologische Befunde vorliegen,
 - b) sie in einem geeigneten Tierversuch am Säuger Gen- oder Chromosomenmutationen in Keimzellen verursachen oder
 - c) sie in einem geeigneten Tierversuch am Säuger Gen- oder Chromosomenmutationen in Körperzellen (Somazellen) verursachen und zusätzlich
- nachgewiesen wird, daß sie in die Keimzellen eindringen können;
14. auf sonstige Weise für den Menschen schädigend im Sinne des § 3 Nr. 3 Buchstabe n, erster Halbsatz des Gesetzes, wenn sie bei langanhaltender Aufnahme kleiner Mengen infolge von Einatmen, Verschlucken oder Aufnahme durch die Haut in den Nummern 11 bis 13 nicht genannte chronische Gesundheitsschäden verursachen können;
15. umweltgefährlich im Sinne des § 3 Nr. 3 Buchstabe n, zweiter Halbsatz des Gesetzes, wenn deren Verwendung sofortige oder spätere Gefahren darstellen oder darstellen können für die Umwelt, d. h. für Wasser, Luft und Boden sowie die Beziehung unter ihnen einerseits und zu allen Lebewesen andererseits.
- (2) Im Sinne des Absatzes 1 Nr. 1 bis 3 sind:
- a) LD 50 (tödliche Dosis):
die mittlere tödliche Menge eines Stoffes oder einer Zubereitung, die nach Verbringen in den Magen oder auf die Haut von Versuchstieren derselben Art von deren Körper aufgenommen wird und die Hälfte der Versuchstiere tötet; sie wird ausgedrückt in Milligramm pro Kilogramm Körpergewicht (mg/kg),
 - b) LC 50 (tödliche Konzentration):
die mittlere tödliche Konzentration eines Stoffes oder einer Zubereitung, die nach Aufnahme über die Atemwege von Versuchstieren innerhalb eines bestimmten Zeitraumes die Hälfte der Versuchstiere tötet. Sie wird ausgedrückt in Milligramm pro Liter Luft pro 4 Stunden und wird an der Ratte als Versuchstier bestimmt.
- (3) Die zur Feststellung der Gefährlichkeitsmerkmale nach Absatz 1 Nr. 1 bis 5 und 11 bis 14 erforderlichen Prüfverfahren können durch andere als dort vorgeschriebene Prüfverfahren ersetzt werden, wenn dies nach dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse im Hinblick auf den Prüfungszweck vertretbar ist.
- (4) Das Gefährlichkeitsmerkmal explosionsgefährlich ist gegeben, wenn Stoffe oder Zubereitungen bei Durchführung der in der Anlage III zum Sprengstoffgesetz vom 13. September 1976 (BGBl. I S. 2737), zuletzt geändert durch die Bekanntmachung der Neufassung der Listen explosionsgefährlicher Stoffe vom 10. April 1981 (BGBl. I S. 333), bezeichneten Prüfverfahren
- a) durch Erwärmung ohne vollständigen festen Ein-schluß oder
 - b) durch eine nicht außergewöhnliche Beanspruchung durch Schlag oder Reibung ohne zusätzliche Erwärmung
- in dem in den Vorschriften über die Prüfverfahren bestimmten Ausmaß zu einer chemischen Umsetzung gebracht werden, bei der entweder hochgespannte Gase in so kurzer Zeit entstehen, daß eine plötzliche Druckwirkung hervorgerufen wird (Explosion), oder bei der eine Wirkung eintritt, die in den Vorschriften des Sprengstoffgesetzes über die Prüfverfahren der Explosion gleichgestellt ist.

(5) Das Gefährlichkeitsmerkmal umweltgefährlich ist gegeben, wenn Stoffe oder Zubereitungen selbst, deren Verunreinigungen oder ihre Zersetzungsprodukte infolge der in den Verkehr gebrachten Menge, der Verwendungen, der geringen Abbaubarkeit, der Akkumulationsfähigkeit oder der Mobilität in der Umwelt auftreten, insbesondere sich anreichern können und auf Grund der Prüfnachweise oder anderer wissenschaftlicher Erkenntnisse schädliche Wirkungen auf den Menschen oder auf Tiere, Pflanzen, Mikroorganismen, die natürliche Beschaffenheit von Wasser, Boden oder Luft und auf die Beziehungen unter ihnen sowie auf den Naturhaushalt haben können, die erhebliche Gefahren oder erhebliche Nachteile für die Allgemeinheit herbeiführen.

(6) Bei der Feststellung der in den Absätzen 4 und 5 nicht genannten Gefährlichkeitsmerkmale sind Kriterien und Verfahren anzuwenden, die dem derzeitigen Stand von Wissenschaft und Technik entsprechen.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 30 Satz 2 des Chemikaliengesetzes auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1982 in Kraft.

Bonn, den 18. Dezember 1981

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister
für Jugend, Familie und Gesundheit
Antje Huber

Der Bundesminister des Innern
Baum

Der Bundesminister für Wirtschaft
Lambsdorff

Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
J. Ertl

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Ehrenberg

**Zweite Verordnung
zur Änderung der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung
Vom 18. Dezember 1981**

Auf Grund des § 3 Abs. 1 Buchstabe a des Allgemeinen Eisenbahngesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 930-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, der durch § 70 Abs. 3 des Gesetzes vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721) geändert worden ist, wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

Artikel 1

Die Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung vom 8. Mai 1967 (BGBl. II S. 1563), geändert durch die Verordnung vom 10. Juni 1969 (BGBl. II S. 1141) wird wie folgt geändert:

1. § 5 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die Spurweite darf nicht größer sein als

1465 mm;

|

1470 mm;

sie darf nicht kleiner sein als 1430 mm.“

2. § 5 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) In Bogen mit Halbmessern unter 175 m darf die Spurweite folgende Werte nicht unterschreiten:

Bogenhalbmesser m	Spurweite mm
unter 175 bis 150	1435
unter 150 bis 125	1440
unter 125 bis 100	1445“

3. § 8 erhält folgende Fassung:

„Belastbarkeit des Oberbaus und der Bauwerke

(1) Oberbau und Bauwerke müssen Fahrzeuge mit der jeweils zugelassenen Radsatzlast und dem jeweils zugelassenen Fahrzeuggewicht je Längeneinheit bei der zugelassenen Geschwindigkeit aufnehmen können, mindestens aber Fahrzeuge

mit einer Radsatzlast von 18 t und einem Fahrzeuggewicht je Längeneinheit von 5,6 t/m.

mit einer Radsatzlast von 16 t und einem Fahrzeuggewicht je Längeneinheit von 4,5 t/m. Ausnahmen von diesen Mindestwerten sind zulässig (§ 3 Abs. 1 Nr. 2).

(2) Der Oberbau muß beim Neubau und bei der Erneuerung zusammenhängender Gleisabschnitte so hergestellt werden, daß er Radsatzlasten von

mindestens 20 t

|

möglichst 18 t

aufnehmen kann.

(3) Bauwerke müssen beim Neubau und bei der Erneuerung mindestens für Radsatzlasten von 25 t und für Fahrzeuggewichte je Längeneinheit von 8 t/m bemessen werden. Bauwerke unter Gleisen, die nur dem Reiseverkehr dienen (zum Beispiel Stadtschnellbahngleise), dürfen für geringere Lasten bemessen werden, mindestens jedoch für Radsatzlasten von 20 t und für Fahrzeuggewichte je Längeneinheit von 6 t/m.“

4. Dem § 9 Abs. 4 Nr. 3 wird Satz 2 angefügt:

„Diese Verkleinerungen gelten nicht im Fall der Nummer 4.“

5. Dem § 9 Abs. 4 wird die Nummer 4 angefügt:

„4. gemäß der in Anlage 1 Bild 1 dargestellten Umgrenzungslinie bei Gleisen, die ausschließlich dem Personennahverkehr der Eisenbahnen in Verdichtungsräumen dienen und auf denen Fahrzeuge (Stadtschnellbahnen) verkehren, die dafür besonders gebaut sind.

In diesen Fällen gelten im übrigen auch die in Anlage 1 Bild 2 und 3 angegebenen Maße. Anlage 2 gilt ebenfalls, ausgenommen im Höhenbereich von 0,76 m bis 0,96 m über Schienenoberkante. In diesem Bereich haben die Eisenbahnen die Vergrößerung und Verkleinerung der halben Breitenmaße des lichten Raums im Einzelfall nach den jeweiligen Erfordernissen festzulegen.“

6. Dem § 10 Abs. 1 wird Satz 4 angefügt:

„Bei Neubauten, die ausschließlich Stadtschnellbahnen dienen, ist eine Verringerung des Gleisabstands bis auf 3,80 m zulässig.“

7. § 11 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Bahnübergänge sind durch

- Blinklichter (Anlage 4 Bild 2) oder Lichtzeichen (Anlage 4 Bild 4) oder
- Blinklichter mit Halbschranken (Anlage 4 Bild 3) oder Lichtzeichen (Anlage 4 Bild 4) mit Halbschranken oder
- Schranken

technisch zu sichern, soweit nicht in den nachstehenden Vorschriften eine andere Sicherung zugelassen ist.“

8. Im § 11 Abs. 6 Satz 2 wird das Wort „Abschlüsse“ durch das Wort „Einrichtungen“ ersetzt.

9. § 11 Abs. 7 erhält folgende Fassung:

„(7) Bahnübergänge von Privatwegen

1. ohne öffentlichen Verkehr, die als solche gekennzeichnet sind, dürfen gesichert werden

durch die Übersicht auf die Bahnstrecke (Absatz 9), wenn die Geschwindigkeit der Eisenbahnfahrzeuge am Bahnübergang höchstens 140 km/h beträgt und Abschlüsse (zum Beispiel Sperrbalken, Tore) vorhanden sind.

durch die Übersicht auf die Bahnstrecke (Absatz 9) oder durch hörbare Signale der Eisenbahnfahrzeuge (Absatz 17), wenn ihre Geschwindigkeit am Bahnübergang höchstens 60 km/h beträgt oder – mit besonderer Genehmigung (§ 3 Abs. 2) – durch Abschlüsse (zum Beispiel Sperrbalken, Tore).

- 2.

mit öffentlichem Verkehr in Hafen- und Industriegebieten dürfen bei schwachem und mäßigem Verkehr durch die Übersicht oder – wenn die Geschwindigkeit der Eisenbahnfahrzeuge am Bahnübergang höchstens 20 km/h beträgt – durch Abschlüsse gesichert werden.

Abschlüsse sind von demjenigen, dem die Verkehrssicherungspflicht obliegt, verschlossen, mit besonderer Genehmigung (§ 3 Abs. 2) nur geschlossen zu halten.“

10. § 13 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Kanten der Personenbahnsteige sind in der Regel 0,76 m oder 0,38 m über Schienenoberkante zu legen, jedoch sind bei bestehenden Anlagen Bahnsteige von weniger als 0,38 m Höhe zulässig. Höher als 0,76 m und – bei Neubauten – niedriger als 0,38 m über Schienenoberkante dürfen Bahnsteige nur mit besonderer Genehmigung (§ 3 Abs. 2) angelegt werden. Bahnsteige bis 0,96 m Höhe über Schienenoberkante sind nach der in Anlage 1 Bild 1 dargestellten besonderen Umgrenzungslinie zur Einschränkung des Regellichtraums ohne besondere Genehmigung zulässig, wenn an ihnen ausschließlich Stadtschnellbahnen verkehren. In Gleisbogen ist auf die Überhöhung Rücksicht zu nehmen.“

11. § 16 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Auf Strecken ohne Streckenblockeinrichtung,

die von Reisezügen
oder
von Zügen mit mehr als 60 km/h
befahren werden,

sind fernmündliche Zugmeldungen durch Sprachspeicher aufzuzeichnen. Ausnahmen sind zulässig (§ 3 Abs. 1 Nr. 2).“

12. § 18 Abs. 4 Nr. 1 erhält folgende Fassung:

„1. Direkte Steuerung ist die Regelung der Antriebskraft durch eine Steuereinrichtung von einem führenden Fahrzeug aus oder durch Fernsteuerung.“

13. § 19 erhält folgende Fassung:

„§ 19

Radsatzlasten und Fahrzeuggewichte je Längeneinheit

(1) Bei stillstehenden Fahrzeugen, deren Radsatzabstände 1 500 mm nicht unterschreiten, sind Radsatzlasten

bis zu 18 t

|

bis zu 16 t

und Fahrzeuggewichte je Längeneinheit

bis zu 5,6 t/m

|

bis zu 4,5 t/m

zulässig. Höhere Radsatzlasten und Fahrzeuggewichte je Längeneinheit sind zulässig, wenn sie vom Oberbau und von den Bauwerken sicher aufgenommen werden können. Bei Radsatzabständen unter 1 500 mm sind die zulässigen Radsatzlasten und Fahrzeuggewichte je Längeneinheit entsprechend der Belastbarkeit des Oberbaus und der Bauwerke einzuschränken.

(2) Die Radsatzlast ist der auf einen Radsatz, das Fahrzeuggewicht je Längeneinheit ist der auf 1,00 m Fahrzeuglänge (Länge über Puffer gemessen) entfallende Anteil der Gesamtlast.“

14. § 20 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift wird das Wort „Achsstand“ durch das Wort „Radsatzabstand“ ersetzt;
- b) in Absatz 1 wird das Wort „Endachsen“ durch das Wort „Endradsätze“ und das Wort „Achsstand“ durch das Wort „Radsatzabstand“ ersetzt;
- c) in Absatz 2 wird das Wort „Endachsen“ durch das Wort „Endradsätze“ ersetzt;
- d) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die Radsätze der Fahrzeuge müssen so beschaffen und gelagert sein, daß Gleisbogen mit 150 m Halbmesser und 1435 mm Spurweite einwandfrei durchfahren werden können.“

15. Im § 21 wird

- a) in Absatz 1 das Wort „Achswelle“ durch das Wort „Radsatzwelle“ ersetzt;
- b) in Absatz 4 das Wort „Laufkreises“ durch das Wort „Meßkreises“ ersetzt.

16. Im § 22 wird

- a) in Absatz 14 Nr. 2 das Wort „Endachsen“ durch das Wort „Endradsätzen“ ersetzt;
- b) in Absatz 15 Satz 2 und Absatz 16 jeweils das Wort „Endachsen“ durch das Wort „Endradsätze“ ersetzt.

17. § 23 Abs. 4 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„(4) Triebfahrzeuge und andere führende Fahrzeuge müssen eine Handbremse oder eine sich selbst feststellende Bremse (zum Beispiel Federspeicherbremse) haben.“

18. Im § 31 Abs. 1 Nr. 6 wird jeweils das Wort „Achsstand“ durch das Wort „Radsatzabstand“ ersetzt.

19. § 32 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Eine Untersuchung ist mindestens alle sechs Jahre durchzuführen; die Frist zwischen zwei aufeinanderfolgenden Untersuchungen darf jedoch mehrmals bis zu einem Jahr auf höchstens acht Jahre verlängert werden, wenn festgestellt ist, daß der Zustand des Fahrzeugs dies zuläßt.“

20. § 35 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Als größte Bremswege sind zulässig

1 000 m.

|

700 m.

Für bestimmte Strecken können die in Absatz 3 genannten Behörden auch Bremswege zulassen, die über 1 000 m oder 700 m hinausgehen.“

21. Im § 36 Abs. 1 werden das Wort „Achslast“ durch das Wort „Radsatzlast“ und die Worte „die Meterlast“ durch die Worte „das Fahrzeuggewicht je Längeneinheit“ ersetzt.

22. Im § 36 Abs. 3 werden die Worte „Anlage C zur Eisenbahn-Verkehrsordnung“ durch die Worte „Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter mit der Eisenbahn vom 23. August 1979 (BGBl. I S. 1502)“ ersetzt.

23. Im § 40 Abs. 7 werden die großen Buchstaben „V“ und „R“ jeweils durch kleine Buchstaben „v“ und „r“ ersetzt.

24. Im § 42 Abs. 3 wird die Zahl „130“ durch die Zahl „125“ ersetzt.

25. § 45 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Arbeitende Triebfahrzeuge müssen während der Fahrt mit einem Triebfahrzeugführer besetzt sein; bei Kleinlokomotiven dürfen die Aufgaben des Triebfahrzeugführers auch von einem Bediener von Kleinlokomotiven wahrgenommen werden. Direkt gesteuerte Triebfahrzeuge (§ 18 Abs. 4 Nr. 1) dürfen unbesetzt bleiben; bei direkter Steuerung durch Fernsteuerungseinrichtungen sollen keine Fahrzeuge befördert werden, die mit Reisenden besetzt sind.“

b) Absatz 6 wird gestrichen; Absatz 7 wird Absatz 6.

26. § 46 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 Nr. 1 bis 3 erhält folgende Fassung:

- „1. Reisezüge mit Sicherheitsfahrerschaltung und Zugbeeinflussung im Stadt- und Vorortverkehr, wenn die Wagentüren vom führenden Fahrzeug aus geschlossen werden,
2. Reisezüge bis zu 100 m Gesamtlänge mit Sicherheitsfahrerschaltung, wenn das Schließen der Wagentüren vom Triebfahrzeugführer überwacht wird oder wenn sie vom führenden Fahrzeug aus geschlossen werden,
3. Güter- und Leerreisezüge mit Sicherheitsfahrerschaltung
 - a) auf eingleisigen Strecken, auch mit kurzen zweigleisigen Streckenabschnitten,
 - b) auf zweigleisigen Strecken bis zu einer Entfernung von 80 km vom Ausgangsbahnhof, bei einer Entfernung über 80 km vom Ausgangsbahnhof, wenn sie zusätzlich mit Zugbeeinflussung und Zugbahnfunk ausgerüstet sind.“

b) Im Absatz 4 Satz 1 wird hinter der Zahl „10“ das Wort „Wagen“ durch das Wort „Fahrzeuge“ ersetzt.

27. Dem § 62 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Bahnübergänge von Privatwegen mit öffentlichem Verkehr dürfen Personen nur anlegen und dem öffentlichen Verkehr überlassen, sofern sie dies mit dem Bahnunternehmer vereinbart haben und ihnen obliegende Sicherungsmaßnahmen durchführen.“

28. § 64 a Abs. 2 wird wie folgt geändert:

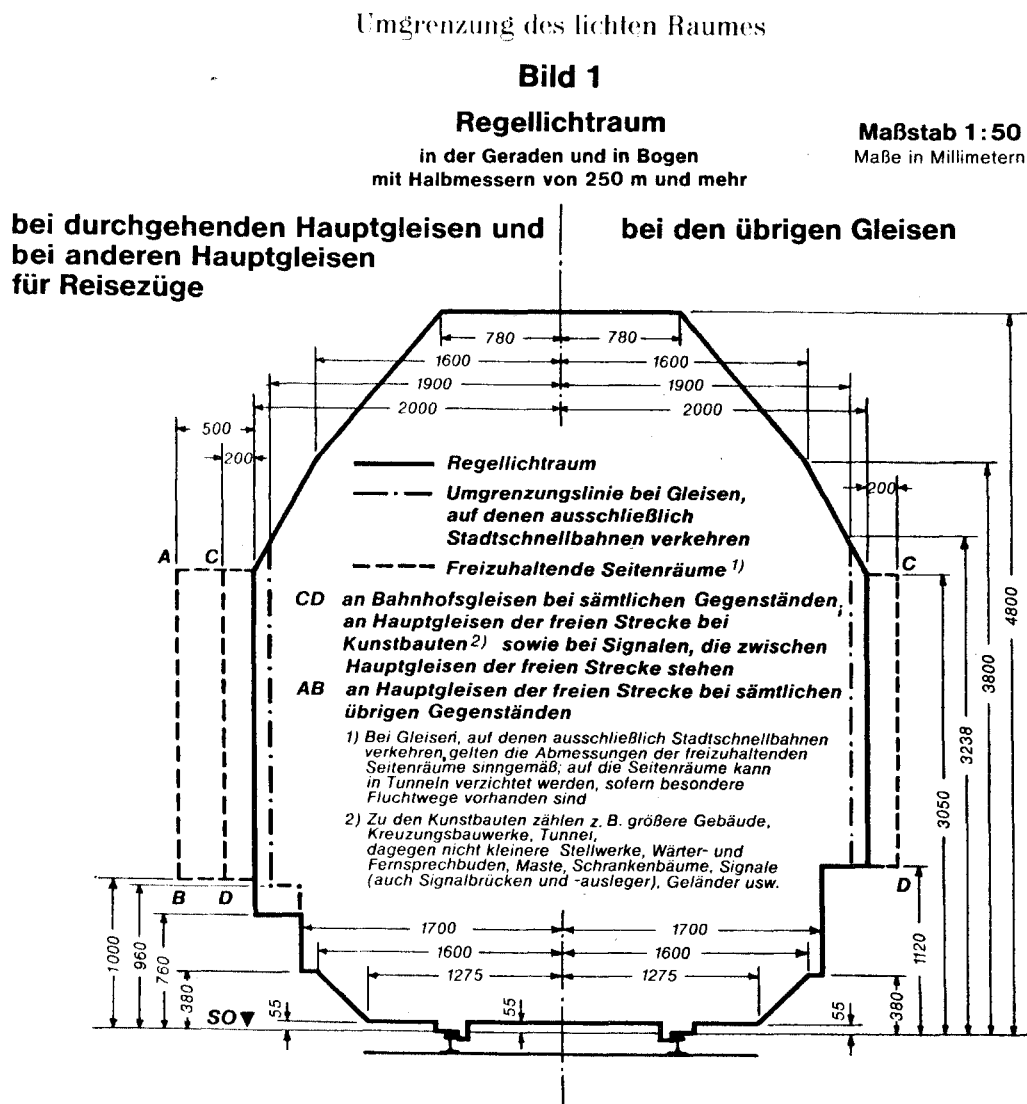
a) In Nummer 4 wird am Ende das Wort „oder“ gestrichen,

b) in Nummer 5 wird am Ende der Punkt durch das Wort „oder“ ersetzt,

c) folgende Nummer 6 wird angefügt:

„6. den Bahnübergang eines Privatwegs mit öffentlichem Verkehr anlegt und dem öffentlichen Verkehr überläßt, ohne dies mit dem Bahnunternehmer vereinbart oder ihm obliegende Sicherungsmaßnahmen durchgeführt zu haben.“

29. Bild 1 der Anlage 1 wird durch das nachstehende Bild 1 ersetzt:



30. In Anlage 5 werden

das Wort „Laufkreises“ jeweils durch das Wort „Meßkreises“ und das Wort „Zwischenachsen“ durch das Wort „Zwischenradsätzen“ ersetzt.

31. In Anlage 6 wird das Wort oder der Wortbestandteil „Laufkreis“ jeweils durch das Wort oder den Wortbestandteil „Meßkreis“ ersetzt.

32. In Anlage 7 wird

- a) in der Überschrift, in Nummer 1 und Nummer 2 jeweils das Wort „Laufkreisdurchmesser“ durch das Wort „Meßkreisdurchmesser“ ersetzt;
- b) in Nummer 2 b das Wort „Achsen“ durch das Wort „Radsätzen“ und das Wort „Achsstand“ durch das Wort „Radsatzabstand“ ersetzt.

33. Anlage 11 erhält folgende Fassung:

„Einschränkung der Fahrzeugbreitenmaße

A. Wagen

Die nach den Anlagen 8 und 9 zulässigen Breitenmaße müssen derart eingeschränkt sein, daß kein Teil des Wagens bei ungünstigster Stellung in einem Gleis von 1,465 m Spurweite und einem Bogenhalbmesser von 250 m die Begrenzungslinie um mehr als den Wert „k“ überschreitet.

Die Einschränkungen sind nach folgenden Formeln zu berechnen:

$$I. E_i = \frac{an - n^2}{500} + \frac{1,465 - d}{2} + q + w + \frac{p^2}{2000} - k + \alpha;$$

$$II. E_a = \frac{an + n^2}{500} + \left(\frac{1,465 - d}{2} + q + w \right) \frac{2n + a}{a} - \frac{p^2}{2000} - k + \beta.$$

In diesen Formeln bedeutet:

- E_i = innere Einschränkung, das ist zulässiger kleinster Abstand eines zwischen den Endradsätzen der Wagen ohne Drehgestelle oder zwischen den Drehzapfen der Drehgestellwagen liegenden Wagenpunkts von der Begrenzungslinie, in Metern;
- E_a = äußere Einschränkung, das ist zulässiger kleinster Abstand eines über die Endradsätze der Wagen ohne Drehgestelle oder über die Drehzapfen der Drehgestellwagen hinaus liegenden Wagenpunkts von der Begrenzungslinie, in Metern;
- a = Radsatzabstand, das ist Abstand der Endradsätze der Wagen ohne Drehgestelle, bei Drehgestellwagen Abstand der Drehzapfen, in Metern;
- n = Abstand des betrachteten Wagenquerschnitts von dem nächstgelegenen Endradsatz oder dem nächstgelegenen Drehzapfen in Metern;
- d = Spurmaß der Radsätze 10 mm unter dem Meßkreis bei größter Abnutzung in Metern (vergleiche Anlage 5);
- q = mögliche Querverschiebung der Endradsätze zwischen Lagerschale und Wellenschenkel, zusätzlich derjenigen zwischen Radsatzhalter und Gehäuse für Radsatzlager, aus der Mittellage heraus nach jeder Seite – bei größter Abnutzung aller Teile – in Metern;
- w = mögliche Querverschiebung von Drehzapfen und Wiege aus der Mittellage heraus nach jeder Seite in Metern;
- p = Drehgestellradsatzabstand, das ist Abstand der Endradsätze des einzelnen Drehgestells, in Metern;
- k = 0,075 m für Teile, die 430 mm und mehr über Schienenoberkante liegen;
0,025 m für Teile, die weniger als 430 mm über Schienenoberkante liegen;

$$\alpha = 0, \dots \dots \dots \text{wenn } an - n^2 + \frac{p^2}{4} \leq 100$$

$$\alpha = \frac{1}{750} \left(an - n^2 + \frac{p^2}{4} - 100 \right), \dots \dots \dots \text{wenn } an - n^2 + \frac{p^2}{4} > 100$$

$$\beta = 0, \dots \dots \dots \text{wenn } an + n^2 - \frac{p^2}{4} \leq 120$$

$$\beta = \frac{1}{750} \left(an + n^2 - \frac{p^2}{4} - 120 \right), \dots \dots \dots \text{wenn } an + n^2 - \frac{p^2}{4} > 120$$

B. Triebfahrzeuge

Auf Triebfahrzeuge sind die vorstehenden Bestimmungen sinngemäß anzuwenden.“

34. In Anlage 15 wird

- a) das Wort „Achsstandszeichen“ durch die Worte „Zeichen für Radsatzabstand“ ersetzt;
- b) das Wort „Achsstand“ durch das Wort „Radsatzabstand“ ersetzt.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Bonn.

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 48,- DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,20 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1978 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 3,- DM (2,40 DM zuzüglich -,60 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,50 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6,5 %.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 5702 AX · Gebühr bezahlt

Artikel 2

Die Verordnung über die Ermächtigung des Bundesministers für Verkehr zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 930-2, veröffentlichten bereinigten Fassung wird gestrichen.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am ersten Tage des auf die Verkündung folgenden Kalendermonats in Kraft.

Bonn, den 18. Dezember 1981

Der Bundesminister für Verkehr
Hauff